



Bozen, 22. Juli 2026

Presseaussendung

Könnte sich Südtirol eine rentengedeckte Elternzeit leisten?

Landtag: Leiter Reber will Rentenabsicherung für Mütter prüfen lassen

Frauen zahlen während der Mutterschaft und den Erziehungsjahren oft einen hohen Preis. Aufgrund von Erwerbsunterbrechungen, Teilzeitarbeit, geringeren Einkommen und Renteneinzahlungen beziehen Südtirols Frauen im Schnitt rund 30 Prozent niedrigere Sozialversicherungsrenten als Männer. Gleichzeitig lassen Teuerung und hohe Lebenshaltungskosten die Steuereinnahmen und den Haushalt des Landes auf über 11 Milliarden Euro wachsen. Für den Freien Abgeordneten Andreas Leiter Reber Grund genug „ernsthaft zu prüfen, wie wir Elternzeit wenigstens bei der Altersvorsorge angemessen anerkennen können“.

Heute fordert Leiter Reber mit einem Antrag zum Nachtragshaushalt die Landesregierung auf, erstmals konkret zu berechnen, was eine öffentlich finanzierte rentenmäßige Absicherung der ersten drei Erziehungsjahre kosten würde. Gleichzeitig soll geprüft werden, wie die bestehende regionale Förderung weiterentwickelt und welche erfolgreichen Modelle zusammen mit dem Fürsorgeinstitut auf Südtirols Bedürfnisse abgewandelt werden können.

Der Abgeordnete verweist dabei auf Österreich und Schweden. Während in Österreich Kindererziehungszeiten bis zu vier Jahre für die Rente angerechnet werden, setzt Schweden auf ein flexibles Modell, das Mütter auch bei längeren Erwerbsunterbrechungen besser absichert. „Andere Länder zeigen, dass es gerechtere Lösungen gibt. Südtirol sollte zumindest den Mut haben, deren Übertragbarkeit zu prüfen.“

Nach einer ersten überschlägigen Berechnung würden sich die jährlichen Kosten einer rentengedeckten Elternzeit auf rund 150 Millionen Euro belaufen. „Das ist keine Kleinigkeit. Gemessen an einem Landeshaushalt von 11 Milliarden Euro sollte aber zumindest offen darüber diskutiert werden, ob uns Familien diese Investition wert sind“, betont Leiter Reber.

„Bevor man pauschal sagt, eine Absicherung der Erziehungsjahre sei nicht finanzierbar, muss man zuerst seriös berechnen, was die verschiedenen Modelle tatsächlich kosten würden. Erst danach ist die politische Debatte zu führen, ob wir uns diesen Benefit leisten können und wollen und wo die Gelder eingespart werden sollen. Familienpolitik darf sich nicht in Sonntagsreden erschöpfen – sie braucht Fakten und konkrete Lösungen“, schließt der parteifreie Abgeordnete.